



Sitzungsperiode 2017-2018  
Sitzung des Ausschusses I vom 10. September 2018

---

### **FRAGESTUNDE\***

#### **1. Frage von Herrn LAMBERTZ (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur PROMA AG**

In der Vergangenheit sind die Beteiligungen der DG am Kapital der Gesellschaften PROMA und REGIO-IT regelmäßig im Parlament thematisiert worden. In Bezug auf die Entwicklung und aktuelle Situation dieser Gesellschaften möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Wie steht es um die Geschäfts- und Finanzergebnisse dieser Gesellschaften?*
- *Wie hat sich die Gesellschaft REGIOMEDIEN entwickelt, deren Hauptaktionär die PROMA AG ist?*

#### **2. Frage von Herrn FRANSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur Übertragung der Zuständigkeit „Raumordnung“ durch die Wallonische Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft**

Am 12. Juli 2018 haben sich die Regierungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region in einer gemeinsamen Regierungssitzung auf die Übertragung der Zuständigkeiten „Wohnungsbau, Raumordnung und Energie“ verständigt. In der gemeinsamen Pressekonferenz erklärten beide Seiten, dass man sich im Hinblick auf die zu erstellenden gemeinsamen Dekretentwürfe in den Bereichen Wohnungsbau und Energie in allen Detailfragen bereits geeinigt habe, es aber in Sachen Raumordnung während der nächsten Wochen noch Nachverhandlungen geben müsse. Insbesondere in der Festlegung der zu übertragenden Finanzmittel sei noch keine Einigkeit erzielt.

Hierzu meine Fragen:

- *Wie sieht in der Verhandlung der Zuständigkeit „Raumordnung“ der allgemeine Stand der Dinge aus?*
- *Konnte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region eine Einigung über die zu übertragenden Finanzmittel erzielen?*
- *Welche Rolle wird die SPI nach der Übertragung der Zuständigkeit „Raumordnung“ auf dem Gebiet der DG haben?"*

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen den von den Fragestellern hinterlegten Originalfassungen.

### **3. Frage von Herrn VELZ (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zum Infrastrukturkarussell und dem Eupener Staatsarchiv**

Vergangene Woche griff ein GE-Journalist die Situation am ehemaligen Parlamentsgebäude am Kaperberg auf. Er thematisierte den Einspruch der Anwohner, der seit drei Jahren beim Staatsrat anhängig ist und gab seinem Artikel den Titel „Eupener Staatsarchiv hängt in der Schwebe“

Meine Frage an Sie, Herr Ministerpräsident:

*Können Sie uns Genaueres über den Stand der Dinge mitteilen und mir eine Antwort geben, wie es mit dem sogenannten Infrastrukturkarussell weitergehen soll. Mich interessiert besonders die Frage, welche Lösungen für das Staatsarchiv infrage kommen.*

### **4. Frage von Herrn FRANSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur wachsenden Unsicherheit um die AKWs in Tihange – neueste Entwicklungen**

Im Rahmen einer schriftlichen Frage erkundigte ich mich im Februar 2018 über die wachsende Unsicherheit in Bezug auf das AKW Tihange.

Auf die Frage, ob die DG-Regierung zu den damaligen Sicherheitsproblemen um die Atommeiler in Tihange seitens der Föderalregierung informiert worden sei, antwortete der Ministerpräsident, dass die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft weder von der föderalen Aufsichtsbehörde noch von der Föderalregierung selbst über neue Sicherheitsprobleme in Tihange informiert worden sei.

Inzwischen sind erneute Mängeln an den Atomkraftwerken Tihange 3 und Doel 3 aufgetreten. Daher hat die Städteregion Aachen am 05. Juli 2018 die belgische Atomaufsicht kontaktiert. Sie fordert eine umgehende und zeitnahe Aufklärung über die Schäden.

Angaben des WDR zufolge wollte der Städteregionsrat von der Behörde wissen, welchen Umfang die Mängel haben, wie sie beseitigt werden können und wann das geschehen soll.<sup>1</sup>

Der Betreiber der Atomanlagen, Electrabel, hatte im vergangenen Juli von maroden Betonteilen und Fehlern bei der Stahlverstärkung an einer Schutzdecke berichtet. Electrabel hatte beide Reaktoren vom Netz genommen.

Die zahlreichen Aussprachen im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft um die Reaktorsicherheit in Tihange und Doel zeigen, wie brisant dieses Thema ist<sup>2</sup>.

Zwar beteuert die DG-Regierung, dass sie sich „*stets für eine sofortige Abschaltung ausgesprochen und eingesetzt habe, solange nicht alle Zweifel an ihrer Sicherheit restlos ausgeräumt seien*“<sup>3</sup>, doch muss man sich angesichts der nicht abreißen wollenden Warnungen seitens der Wissenschaft fragen, wie wirkungsvoll diese politischen Forderungen sind.

Hierzu meine Frage:

*Ist die DG-Regierung hinsichtlich der erneuten Sicherheitsprobleme und offenkundig anhaltenden Risiken seitens der Föderalregierung oder seitens der föderalen Aufsichtsbehörde informiert worden?*

<sup>1</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/maengel-belgische-atomkraftwerke-100.html>

<sup>2</sup> Vgl. u.a. die Resolution des PDG vom 21.03.2016 und 7.11.2016 sowie die parlamentarischen Fragen zum gleichen Thema am 21.09.2015, 11.01.2016, 14.03.2016, 25.04.2016 und 09.05.2016.

<sup>3</sup> PDG-Dokument 144 (2016-2017) Nr. 4, S. 2